



Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Amt Rhinow
Bauamt
Lilientalstraße 3
14728 Rhinow

Bearb.: Frau Andrea Schuster
Gesch-Z.: LFU-TOEB-
3700/770+2#341386/2023
Hausruf: +49 355 4991-1303
Fax: +49 33201 442-662
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LfU.Brandenburg.de

Cottbus, 26.09.2023

**Bebauungsplan Gewerbegebiet "Siedlerfeld - Bereich Nord-West" der Stadt
Rhinow**

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 27.07.2023
- Begründung mit Umweltbericht, 06/2023
- Planzeichnung, 06/2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft.

Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Havelland.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Schuster

Dieses Dokument wurde am 26.09.2023 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--

Anlage

FORMBLATT Sonstige Vorhaben

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan Gewerbegebiet "Siedlerfeld - Bereich Nord-West" der Stadt Rhinow
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail: Aktenzeichen: (intern)	Maik Gruber T26 033201 442 550 TOEB@LfU.Brandenburg.de Stn. 169/23 T26

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

Fachliche Stellungnahme
1. Benennen und Kurzbeschreibung des Vorhabens
2. Fachstellungnahme mit Benennung der gesetzlichen Grundlage (Begründung)
<p>1. Sachstand</p> <p>Antragsgegenstand ist der Bebauungsplan (B-Plan) „Gewerbegebiet Siedlerfeld - Bereich Nord-West“ der Stadt Rhinow</p> <p>Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst die Flurstücke 265/20 – 265/24, 265/26, 265/32 (tlw.), 265/33, 265/36, 265/41 und 265/42 der Flur 9 in der Gemarkung Rhinow mit einer Flächengröße von ca. 5,2 ha.</p> <p>Das Aufstellungsverfahren soll im Regelverfahren nach § 8 BauGB¹ durchgeführt werden. Ziel der Aufstellung ist die Schaffung der Voraussetzungen zur Ansiedlung von Gewerbe sowie zur Errichtung einer Photovoltaikanlage im Plangebiet. Zu diesem Zweck soll ein Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO², ein sonstiges Sondergebiet nach § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung Photovoltaik und eine Versorgungsfläche ausgewiesen werden. Teile des Vorhabens entsprechen nicht den Vorgaben des rechtskräftigen Flächennutzungsplans (FNP), somit kann der Plan nicht aus dem FNP heraus entwickelt</p>

¹ Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147)

² Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802

werden, eine Anpassung des FNP ist erforderlich.

2. Stellungnahme

Rechtsgrundlage

Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)³ sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen. Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm⁴. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm⁵ zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft⁶. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie⁷ ermittelt. Erschütterungen werden gemäß der Erschütterungsleitlinie⁸ beurteilt. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).

Planumfeld

Das Plangebiet liegt im Südwesten der Stadt Rhinow, die betroffenen Flächen werden derzeit landwirtschaftlich genutzt. Im Norden, Osten und Westen grenzen Flächen für die Landwirtschaft an, im Nordosten an eine Sonderbaufläche, im Süden und Südwesten grenzen gewerbliche und gemischte Bauflächen an.

Der Planungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird erfüllt.

Schutzanspruch

Der als Gewerbegebiet geplante Teilbereich besitzt einen Schutzanspruch von 65 dB(A) am Tag und 50 dB(A) nachts bzw. 55 dB(A) für Verkehrslärm in der Nacht, die übrigen Teilbereiche haben mangels Immissionsort im Sinne des BImSchG keinen Schutzanspruch.

Immissionssituation

Vom Plangebiet gehen bei üblicher Nutzung Emissionen aus, die grundsätzlich geeignet wären, in angrenzenden schutzwürdigen Gebieten zu Überschreitungen von Grenz-, Richt- oder

³ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) vom 15.03.1974, Neugefasst durch Bek. v. 17.5.2013 I

⁴ Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5)

⁵ Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen – vom 19. August 1970 (Beilage zum BAnz Nr. 160 vom 1. September 1970)

⁶ Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) Vom 24. Juli 2002, GMBI. 2002, Heft 25 – 29, S. 511 – 60, neu gefasst am 18.08.2021 (GMBI Nr. 48-54/2021 S. 1050ff)

⁷ Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014, Amtsblatt 21_14 (S. 691-704)

⁸ Leitlinie zur Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsimmissionen (Erschütterungs-Leitlinie) Erlass des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz vom 17. Mai 2005, AfB Nr. 23/2005

Orientierungswerten zu führen.

Auf das Plangebiet wirken im Wesentlichen Geräuschimmissionen durch die angrenzenden gewerblichen Nutzungen ein.

Hinsichtlich der auf das Plangebiet einwirkenden Lärmimmissionen sind nähere Angaben erforderlich. Den Ausführungen zur möglichen Blendwirkung der Photovoltaikanlage kann gefolgt werden. Hinsichtlich des von den gewerblichen Flächen im Plangebiet ausgehenden Lärms ist eine Prüfung möglicher Immissionen erst im Rahmen der nachfolgenden Baugenehmigungs- oder Genehmigungsverfahren nach BImSchG sinnvoll.

In einem relevanten Abstand zum Plangebiet befinden sich keine mir bekannten Anlagen, welche der 12. BImSchV⁹ unterliegen. Weitergehende Angaben zum Thema Störfall erübrigen sich somit.

Umweltbericht

Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes sind die maßgeblichen Schutzgüter Mensch / menschliche Gesundheit sowie Klima / Luft. In der verbalen Betrachtung der Schutzgüter hat eine Gegenüberstellung des Ist- mit dem Planzustand zu erfolgen. In Bezug auf das Schutzgut Klima sind sowohl kleinräumige als auch großräumige Auswirkungen aufzuzeigen. Durch gewerbliche Nutzungen können potentiell luftverunreinigende Stoffe sowie Schadstoffe ausgestoßen werden, diese Auswirkungen werden jedoch durch entsprechende Grenzwerte in akzeptablen Grenzen gehalten.

3. Fazit

Somit kann dem Vorhaben hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes voraussichtlich zugestimmt werden.

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.

Maik Gruber

Dieses Dokument wurde am 26.09.2023 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

⁹ Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung - 12. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2017 (BGBl. I S. 483), zuletzt geändert durch Artikel 107 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	BP Gewerbegebiet "Siedlerfeld - Bereich Nord-West" der Stadt Rhinow, LK HVL
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	Kirsten Genselin W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) 033201 442-441 Kirsten.Genselin@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

--

b) Rechtsgrundlage

--

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

--

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

--

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

--

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<p>Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:</p> <p>1. Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen</p> <p>Im Nahbereich zur Plangebietsgrenze befindet sich im Nordwesten ein Graben als Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden. Das Plangebiet ist von einem HQ extrem Gebiet der Hochwasserrisikomanagementplanung betroffen (siehe folgende Punkte).</p> <p>2. Hinweise / Forderungen zur Gewässer- und Anlagenunterhaltung / zum Hochwasserschutz (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 3, 5)</p> <p>Der Änderungsbereich des o.g. Bebauungsplans grenzt unmittelbar an den Deich Rhinow-Prietzen-Gölpe und deichseitig direkt an Flurstücke im Eigentum der Landesgewässerflächenverwaltung. Der Deich und der Deichschutzstreifen dürfen in keinem Fall mit Fahrzeugen befahren oder in anderer Art und Weise beschädigt werden, sowie in ihrer Funktion und bei der Unterhaltung zu keinem Zeitpunkt negativ beeinflusst werden.</p> <p>Das Hochwasserereignis der Havel im Januar 2011 wird als Ereignis mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von ca. 20 Jahren eingestuft. Während des Hochwassers wurde am 28.01./29.01.2011 im Auftrag des LUGV eine bildgebende Befliegung durchgeführt. Die Auswertung ergab, dass der Änderungsbereich komplett vernässt war.</p> <p>Das Gebiet wird von den Wasserständen des Rhin beeinflusst, so dass auch bei niedrigen Wasserständen mit anstehendem Grundwasser gerechnet werden muss. Entsprechende bauliche Schutzmaßnahmen werden daher empfohlen. Ebenso ist nicht auszuschließen, dass diese Flächen bei Starkniederschlägen durch Vernässung beeinflusst werden.</p>	

3. Hinweise / Forderungen zum Hochwasserschutz / Hochwasserrisikomanagement

(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkt 8)

Hochwasserrisikogebiet entsprechend § 73 Abs. 1 Satz 1 WHG

Das Plangebiet des BP Gewerbegebiet "Siedlerfeld - Bereich Nord-West" der Stadt Rhinow, LK HVL liegt teilweise in einem Hochwasserrisikogebiet gemäß § 73 Abs. 1 Satz 1 WHG. Betroffen ist das Baugebiet 1 (SO PV). Dieses liegt teilweise in einem Risikogebiet eines Hochwassers mit niedriger Wahrscheinlichkeit (HQ200/extrem). Wassertiefen bis 0,5m können hier erreicht werden. Gemäß §§ 5 Abs. 4a und 9 Abs. 6a BauGB sind Hochwasserrisikogebiete nachrichtlich zu übernehmen und in den Bauleitplänen zu vermerken. In den Planzeichnungen ist daher die HQ extrem - Fläche zu ergänzen. Bei Bauvorhaben in Risikogebieten gelten die Maßgaben nach § 78b WHG. Die Bauweise der Anlagen muss an das jeweilige Hochwasserrisiko angepasst sein (§ 78 b Absatz 1, Satz 2). Zudem ist während der Bauphase ein schadloser Wasserabfluss zu gewährleisten.

In den Planungsunterlagen ist auf die Hochwassergefahren und -risiken entsprechend umfassend einzugehen gem. den rechtsverbindlichen Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 16c, § 9 Abs. 5 Nr.1 und Abs. 6a BauGB. Entsprechende Festlegungen nach WHG und BauGB sind zu treffen.

Karten / Geodaten

Die konkrete Gefährdung kann mithilfe des Kartendienstes des Landes „Auskunftsplattform Wasser“ (APW) überprüft werden (siehe <https://apw.brandenburg.de/>).

Geodaten zu den Hochwasserrisikogebieten finden Sie im Internet-Angebot des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) unter folgendem Link:

<https://metaver.de/search/dls/#?serviceId=05EC61E6-C81E-4616-ACE6-2DC3D5E67E24>

Kirsten Genselin

Dieses Dokument wurde am 01.09.2023 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.